

Initiative Hamburger Unternehmen gegen Patentierbarkeit von Software

PRESSEMITTEILUNG

29.03.2005

Unternehmerinitiativen gegen Softwarepatente in Hessen und Bayern gegründet

Unternehmer in Hessen und Bayern schließen sich zusammen, um Softwarepatente zu verhindern, die ein EU-Richtlinienentwurf nach der im Mai vorgelegten Fassung des EU-Ministerrats ermöglichen würde. Die Unternehmer setzen sich dafür ein, dass die Vorstellungen des EU-Parlaments umgesetzt werden, das sich für einen klaren Ausschluss der Patentierbarkeit von Software ausgesprochen hatte. Die Unternehmer verweisen dabei auch auf die Position des Deutschen Bundestags, der die Bundesregierung aufgefordert hatte, sich für klare Grenzen einzusetzen.

Nach den ersten Gründungen in Hamburg [1], Schleswig-Holstein [2] und Niedersachsen [3] sind mit den hessischen [4] und bayrischen [5] Unternehmerinitiativen inzwischen fünf Bundesland-spezifische Gruppen aktiv. Sie bieten Unternehmern die Möglichkeit, mit ihrer Unterschrift unter eine gemeinsame Erklärung ihre Forderung nach einer Verhinderung von Softwarepatenten in der EU deutlich zu machen. Hierdurch wollen die Unternehmen den Druck auf die politischen Gremien verstärken. Neben der politischen Arbeit wollen die Initiativen im Rahmen lokaler Treffen gegenüber anderen Unternehmen Aufklärungsarbeit leisten.

Gründer der Bayrischen Initiative ist der Münchner SAP-Berater Dr. Nico Manicone: "Wir wollen deutlich machen, dass die Ablehnung von Softwarepatenten keine Forderung von Idealisten oder nur der "OpenSource-Gemeinde" ist, sondern dass eine Übereinstimmung mit dem wirtschaftliche Interesse der Mehrheit kleiner und mittelständischer Unternehmen besteht." Dass nicht nur reine Software-Unternehmen, sondern auch Unternehmen des produzierenden Gewerbes kein Interesse an Softwarepatenten haben, zeigt das Beispiel der Intego GmbH [6] aus Erlangen, die die Initiative unterstützt. Das Unternehmen stellt Kamerasysteme für die Kunststoff verarbeitende Industrie und Prüfsysteme für die Halbleiterfertigung her und beschäftigt über zwanzig Mitarbeiter. Ein weiteres Beispiel ist die ESR Pollmeier GmbH [7] aus Ober-Ramstadt in Hessen. Das Automatisierungstechnik-Unternehmen mit 45 Mitarbeitern ist auf hochdynamische elektrische Antriebe, sogenannte Servoantriebe, spezialisiert.

Dipl.-Math. Michael-Jordan Hrycaj, Vertreter der hessischen Initiative: "Wir sehen uns als Sprachrohr für die zahlreichen nachteilig betroffenen Software-Unternehmen und Dienstleister. Auseinandersetzungen um Patentportfolios zu führen können sich die wenigsten leisten." Mitbegründer der hessischen Initiative und geschäftsführender Gesellschafter der Maxina GmbH & Co. KG [8], Hans-Peter Weecks: "Als KMU ist ein effektives Patentportfolio, trotz der gepriesenen Rechtsmittelhilfen und anderen Hilfestellungen, allein wegen der investierten Zeit nicht umsetzbar". Die Hessische Initiative zählt auch den IT-Ausschuss der IHK Offenbach zu ihren Unterstützern. Dieser hatte bereits Anfang März diesen Jahres in einem Positionspapier [9] Änderungen am Richtlinienentwurf gefordert. Auch die Unternehmensgruppe MAX21 AG [10] mit 11 Software entwickelnden Unternehmen gehört zu den Unterstützern der Initiative. MAX21-Vorstand Metin Dogan sieht durch Softwarepatente bis zu 80 Arbeitsplätzen in der Gruppe bedroht.

Die niedersächsische Unternehmerinitiative ist derweil erfolgreich gestartet: "Wir haben auf Anhieb Unterstützer in ganz Niedersachsen gewinnen können," sagt Dirk Hillbrecht, Gründer der Initiative. "Das ist eine gute Ausgangsbasis für die weitere Arbeit." Mittlerweile ist auch das erste Treffen der Initiative für den 5. April terminiert, in dem Informationen ausgetauscht und das weitere Vorgehen abgesprochen werden. Unterstützer und Interessenten sind herzlich willkommen.

Johannes Sommer, Gründer der Hamburger Initiative: „Die entstehenden Unternehmerinitiativen zeigen deutlich, dass kleine und mittelständische Unternehmen ihre Interessen durch die Bundesregierung beim Thema Softwarepatente nicht vertreten sehen. Wegen der befürchteten erheblichen negativen Konsequenzen bei Inkrafttreten des aktuellen EU-Richtlinienentwurfes sehen Unternehmer keine andere Möglichkeit, als sich zu organisieren und sich direkt bei ihren politischen Vertretern im Europaparlament für eine Ablehnung der Richtlinie im Europaparlament einzusetzen.“

Initiative Hamburger Unternehmen gegen Patentierbarkeit von Software

Die Bundesregierung hatte am 7. März im EU-Ministerrat für den umstrittenen Entwurf gestimmt. Obwohl der Bundestag den aktuellen Entwurf in vielen Punkten kritisierte, hatte sie im Gegensatz zu acht anderen EU-Mitgliedsstaaten keine Zusatzerklärung abgegeben, um ihre Zustimmung zu relativieren. Auch das Bundesjustizministerium hatte bis zuletzt beteuert, sich für eine Verbesserung des aktuellen Richtlinienentwurfes einsetzen zu wollen, ohne dass entsprechende Taten gefolgt waren. Jetzt müssen Änderungen in der zweiten Lesung durch das Europaparlament eingebracht werden, für deren Annahme eine Mehrheit aller Mitglieder des Europaparlaments notwendig ist. Dies ist eine hohe Hürde, und es ist keinesfalls sicher, ob sie genommen werden kann. Auch bleibt nicht mehr viel Zeit, um Forderungen an die politischen Entscheidungsträger heranzutragen: Die zweite Lesung im Europaparlament wird voraussichtlich innerhalb der nächsten 3 Monate erfolgen.

Die Hamburger Initiative sichert neu entstehenden Initiativen in anderen Bundesländern ihre Unterstützung zu. Wie wichtig es deutschen Unternehmern ist, bei diesem Thema ihr Anliegen selbst zu vertreten, zeigen bereits vorliegende Anfragen aus Nordrhein-Westfalen, Bremen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

- [1] <http://www.stop-swpat.de>
- [2] <http://schups.patentschmutz.de>
- [3] <http://www.no-swpat.de>
- [4] <http://www.keine-softwarepatente-in-bayern.de>
- [5] <http://hessen-gegen-softwarepatente.de>
- [6] <http://www.intego.de>
- [7] <http://www.esr-pollmeier.de/swpat>
- [8] <http://www.maxina.de>
- [9] <http://hessen-gegen-softwarepatente.de> (siehe Link dort)
- [10] <http://www.max21.de/>

Über die "Initiative Hamburger Unternehmen gegen Patentierbarkeit von Software"

Die Initiative [1] wurde Anfang November letzten Jahres gegründet, um es Hamburger Firmen zu ermöglichen, in einer gemeinsamen Erklärung gegen die geplante Patentierbarkeit von Software Stellung zu nehmen [2]. Ziel ist es zu erreichen, dass Unternehmen Software auch weiterhin ohne Einschränkung durch Patentansprüche entwickeln und nutzen können. Die Initiative will politische Entscheidungsträger dazu bewegen, dem EU-Ratsentwurf [3] ihre Zustimmung zu entziehen und stattdessen den Gegenentwurf des EU-Parlaments [4] zu unterstützen. Die gemeinsame Erklärung wurde von 119 Unternehmen im Grossraum Hamburg unterzeichnet [5].

- [1] Hauptseite der Initiative mit weiterführenden Infos: <http://www.stop-swpat.de>
- [2] Wortlaut der gemeinsamen Erklärung <http://www.stop-swpat.de/#erklaerung>
- [3] <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/04/st09/st09713.de04.pdf>
- [4] <http://www.stop-swpat.de/#erklaerung> (siehe Link dort)
- [5] Unterstützerliste <http://www.stop-swpat.de/unterstuetzer.html>

Initiative Hamburger Unternehmen gegen Patentierbarkeit von Software

Erklärung

Als kleine und mittelständische Unternehmen in der Metropolregion Hamburg befürchten wir durch die im EU-Ministerratsentwurf "Richtlinie über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen" geplante Ausweitung der Patentierbarkeit von Software erhebliche Nachteile in unserer geschäftlichen Ausübung bis hin zur existenziellen Bedrohung.

Darüber hinaus befürchten wir durch eine derartige Patenteinführung eine Schwächung der Wirtschaftsstandorte Deutschland und Europa.

Wir erwarten, dass folgende negative Auswirkungen eintreten werden:

- Grundsätzliche Rechtsunsicherheit durch Verabschiedung einer neuen Patentierungsrichtlinie mit ungenauen Formulierungen, die einen grossen Interpretationsspielraum erlauben
- Zukünftige rechtliche Durchsetzbarkeit einer fünfstelligen Anzahl bereits erteilter
- EU-Softwarepatente, die entgegen aktuell geltender Patentrichtlinien vergeben wurden
- Für KMU nicht leistbare Patentrecherchen und -Investitionen
- Behinderung von OpenSource-Entwicklung und -Nutzung
- Monopolisierung und Verteuerung von Software

Wir fordern eine gesetzliche Regelung die weiterhin sicherstellt, dass wir im Rahmen eigener Systementwicklung und Programmierung sowie bei der Nutzung von Software nicht mit Patentansprüchen in Konflikt kommen.

Um dies zu gewährleisten erachten wir es als notwendig, dass eine Regelung im Sinne der Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 24.09.2003 getroffen wird. Wir sind der Überzeugung, dass nur die dort formulierten restriktiven Bestimmungen - im Unterschied zum aktuellen Entwurf des Ministerrats - eine Patentierbarkeit von Geschäftsmodellen, Algorithmen, Computerprogrammen und Datenformaten wirklich ausschliesst.

Wir appellieren an alle politischen Entscheidungsträger und Interessenvertreter kleiner und mittel-ständischer Betriebe, einer erweiterten Patentierbarkeit von Software im Sinne des aktuellen Ministerratsentwurfes mit Entschiedenheit entgegenzuwirken.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dem gegenwärtigen Entwurf des Ministerrats ihre Zustimmung ausdrücklich zu entziehen. Wir wenden uns an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der dringenden Bitte, eine Vorlage, die in ihren Restriktionen nicht den Vorgaben des Europäischen Parlaments vom 24.09.2003 entspricht, abzulehnen.

Hamburg, den 4.11.2004